

# Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Partei Deutschlands  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche

Heute ausführlicher Bericht  
über die Dresdener

SPD-Funktionärversammlung  
im Trianon

Bezirk Ostfachsen

Für unsere Frauen / Die Energie

Druckpreis monatlich, 100 Kopien 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.). Durch die Post bezogen monatlich 2,70 M. (10 Kopien).  
Zuführungsgebühr: Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-2 / Geschäftsstelle u. Expedition: Oberbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 250 / Postfach: Dresden Nr. 18 600. Dresdener Verlagsgesellschaft: Schriftleitung: Dresden-2, Oberbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 250 / Druck- und Verlagsanstalt: Arbeiterstimme Dresden / Streckstunden der Redaktion: Donnerstags 4-6 Uhr / außer Dienstag u. Donnerstags

Anzeigenpreis  
anzeigen 0,20 M.  
Anzeigen-Anmal-  
straße 2 / Die  
Abteilung besteht

Kontrollregeln oder deren Raum 0,50 M. für Familien-  
stelle angeschlossen an den dreifachen Teil einer Tafel 1,50 M.  
bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, Oberbahnhof-  
strasse 2 / Fernsprecher 17 250 / Die Abteilung besteht aus  
Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Aufrechnung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Freitag den 17. August 1928

Nummer 192

## Volksentscheid gegen den Panzerkreuzer

Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands

Berlin, den 17. August 1928 (Eigener Drahtbericht)

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands beschloß in einer Sitzung am 16. August, alle Schritte zur schnellen Durchführung eines Volksentscheides gegen den Panzerkreuzerbau einzuleiten. Die kommunistische Reichstagsfraktion wurde beauftragt, sofort die vorbereitenden Maßnahmen für die Erreichung eines Volksbegehrens zu treffen. Die KPD erwartet, daß alle für den Kampf gegen die neuen Kriegsrüstungen und Massenbelastungen interessierten Organisationen der werktätigen Bevölkerung sich zu einem einheitlichen, gemeinsamen Vorgehen zusammenschließen.

Die werktätigen Massen Deutschlands hat nach dem Beschluß der Koalitionsregierung auf sofortigen Bau des Panzerkreuzers eine ungeheure politische Erregung erlitten. Die Massen erkennen, daß der Panzerkreuzerbau verstärkte Kriegsgefahr, neues Weltkrisen, verstärkte Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion, neue Unterdrückung der Arbeiterschaft, neue Milliardenbelastung der Werktätigen und weitere Verschlechterung der sozialen Fürsorge bedeutet.

Der Volksentscheid soll eine gewaltige, die gesamte Bevölkerung zusammenfassende Massenbewegung gegen die imperialistische Unterdrückungs- und Ausländerungspolitik werden.

Die Panzerkreuzer-Sozialisten behaupten, daß nach der Entscheidung des alten Reichstages keine Möglichkeiten bestehen würden, den Panzerkreuzerbau zu verhindern. Der Volksentscheid gibt ihnen diese Möglichkeit. Die werktätigen Massen werden erkennen, ob die sozialdemokratischen Minister die verfassungsmäßigen Rechte der Wählerschaft in der demokratischen Republik mehr zu achten gewillt sind, als die bürgerliche Marx-Regierung bei der Fürstenabfindung.

Die Tragweite des Volksentscheides geht über die Bedeutung des Panzerkreuzerbauwerks weit hinaus. Es geht nicht nur um den Panzerkreuzer A, auch nicht nur um die darauffolgenden Panzerkreuzer B, C und D. Der Volksentscheid gegen den Panzerkreuzerbau ist der Aufmarsch der werktätigen Millionenmassen gegen die imperialistische Kriegspolitik der deutschen Bourgeoisie, deren weithin leuchtendes Symbol der Bau von Panzerkreuzern ist. Der Volksentscheid bedeutet, daß die Millionenmassen nicht gewillt sind, die Kriegsvorbereitungen der Koalitionsregierung gegen die Sowjetunion zu dulden. Er bedeutet, daß die Wählerschaften nicht mehr gewillt sind, durch betrügerische Versprechungen der sozialdemokratischen Minister sich wieder ebenso irreführen zu lassen, wie sie vor den Wahlen von der Sozialdemokratie mit der Parole: "Wer keinen Panzerkreuzer will, wähle Liste 1" genarrt und betrogen worden sind.

Der Antrag der KPD auf Volksentscheid wird ein Wutgeheul der Panzerkreuzer-Sozialisten und der Trustbourgeoisie zur Folge haben. Sie werden versuchen, die Unmöglichkeit des Volksentscheides ebenso mit angeblichen formalrechtlichen Gründen zu beweisen, wie sie versucht haben, den Panzerkreuzerbeschluß des Reichskabinetts als einzig mögliche Entscheidung im Rahmen der Verfassung vorzutauschen.

Um so mehr müssen die werktätigen Massen, die den Schritt der KPD begrüßen, mit uns gemeinsam gegen die Panzerkreuzer-Politik und gegen den Versuch einer Abwägung des Volksentscheides kämpfen.

Der Volksentscheid bedeutet die Sammlung der Millionenmassen, den Ausgangspunkt einer all-

umfassenden Massenaktion der Werktätigen, die die Lehre des Panzerkreuzerbeschlusses begriffen haben. In ganz Deutschland werden die Werktätigen in den Ruf einstimmen:

Keinen Pfennig für Panzerkreuzer. Nieder mit den Panzerkreuzer-Sozialisten. Nieder mit der Spaltungspolitik der Panzerkreuzer-Sozialisten in den Gewerkschaften und Massenorganisationen, die die Kriegsfrot der Ausbeuterklasse stärkt und die Kampffront der Werktätigen schwächt.

Heraus aus der Panzerkreuzer-Sozialdemokratie. hinein in die KPD! Kämpft gemeinsam mit der KPD gegen die Kriegspolitik der Koalitionsregierung, gegen die Rüstungspolitik der SPD, gegen die sowjetfeindliche Hege der Sozialdemokratie, gegen die Ablenkungs- und Betrugsmanöver der linken SPD-Führer.

Nieder mit der Panzerkreuzer-Regierung!  
Es lebe die Arbeiter- und Bauernregierung!

## Sturm im Trianon

„Die Kommunisten haben Recht, wenn sie sagen, daß wir verraten werden!“  
„Schmeiß die Minister heraus!“ — Geißer verfuhr vergeblich Debatteabwägung — Warnungstelegramm aus Brüssel  
Fleischer ruft: „Niemand erträgt mehr!“ — Die SPD „ein Haer von Offizieren und Unteroffizieren ohne Soldaten!“

### Sozialdemokratische Kreuzer-Gonate

Dresden, am 17. August 1928.

Gestern abend tagte im Trianon die von etwa 1000 Personen besuchte Funktionärerversammlung der Sozialdemokratischen Partei Dresdens, in der Reichstagsabgeordneter Aufhäuser, Berlin, das Referat zum Panzerkreuzerstandal hielt. Der Verlauf dieser Versammlung, in der die heftige Empörung der sozialdemokratischen Funktionäre in fürmischen, oft minutenlangen Unterbrechungen, ihren Ausdruck fand, das Auftreten und Stellungnahme Aufhäuser, Toni Senders und die geschickte Ausnutzung der Stimmung durch Fleischer bestätigte trotz aller radikalen Worte die Richtigkeit unserer Stellungnahme und der Charakterisierung der vorläufigen Opposition der linken Führergruppe der SPD als den Versuch, den Willen der empörten Massen zum endgültigen Bruch mit der staatsbejahenden Koalitionspolitik der Sozialdemokratie umzubiegen und zu versäffeln. Die angenommene Entschliebung, die wir im Wortlaut veröffentlichten, kennzeichnet diese Opposition als ein raffiniertes, taktisches Manöver. Der Tenor der Ausführungen Aufhäuser sowohl als auch die Stellungnahme der linken Toni Sender und die Stellungnahme Fleischer waren darauf abgestellt, den Panzerkreuzerbeschluß als den persönlichen Bankrott der Koalitionsminister zu deklarieren. Aus all ihren Ausführungen trat deutlich ihre Rolle zutage, die Konsequenzen wachsender revolutionärer Erkenntnis bei den sozialdemokratischen Arbeitern zu verhindern, den Prozeß der Lösung von der panzerkreuzerbauenden Sozialdemokratie zu hemmen und das Einschwenken der sozialdemokratischen Arbeitermassen in die revolutionäre Front der kommunistischen Partei aufzuhalten. Trotz alledem kam sowohl in den fürmischen Juristen aus der Masse der Versammelten als auch in den Ausführungen

der Arbeiterdiskussionen der elementare Drang nach einer revolutionären Klassenpolitik zum Ausdruck. So deutlich auch der Ruf nach Hinanwurf der Minister durch die Partei die noch vorhandenen großen und gefährlichen Illusionen in bezug auf die Möglichkeit einer „proletarischen Erneuerung“ der SPD zum Ausdruck brachte, ist es dennoch ein Symptom für die instinktmäßige Erkenntnis von der Notwendigkeit des organisatorischen Bruchs mit den Verfechtern der Koalitionspolitik und des Burgfriedens. Die Debatte berechtigt zu der Hoffnung, daß im Verlauf des jetzt beginnenden Prozesses die Erkenntnis über die grundsätzliche Bindung auch der „linken“ SPD-Führer an diese Politik früher oder später den besten Teil der SPD-Arbeiter ideologisch und organisatorisch in die Reihen der einzigen revolutionären Arbeiterpartei führen wird.

(Bericht über die Tagung siehe Seite 2.)

### Die angenommene Entschliebung

Die Zustimmung der sozialdemokratischen Minister im Reichskabinetts zu dem Bau des Panzerkreuzers A ist eine ungewisse, mit den Interessen und der Auffassung der Reichstagsfraktion und der Gesamtpartei nicht in Einklang zu bringende Handlung, gegen die entschlossene Proteste eingeleitet werden muß.

Sie ist um so unverständlicher, als sie auch in Widerspruch steht mit der Resolution, die zu gleicher Zeit der Internationale sozialistische Kongreß in Brüssel in bezug auf die Militär- und Abrüstungsfrage faßte.

Die „Gründe“, die parteiloffiziell und halbamtlich von Regierungsseite für das Verhalten der sozialistischen Minister angeführt werden, sind in keiner Weise stichhaltig. Sie kompromittieren die Sozialdemokratische Partei nur noch mehr.

Der Kabinettsbeschluß zum Panzerkreuzer ist um so schärfer zu verurteilen, als die Erfüllung des Reichstagsbeschlusses zur

# Massenkundgebungen zum VOLKSSENTSCHEID GEGEN PANZERKREUZER

Am Dienstag, dem 21. August 1928 in den Annensälen, Fischhofplatz und im Reichsbanner, Bischofsweg / Es sprechen die

Reichstagsabgeordneten Paul Frölich und Siegfried Rädcl  
über Panzerkreuzerbewilligung und Krisenfürsorge-Betrug

B  
BERG  
10  
abhaus  
straße 21  
10204  
10205  
10206  
10207  
10208  
10209  
10210  
10211  
10212  
10213  
10214  
10215  
10216  
10217  
10218  
10219  
10220  
10221  
10222  
10223  
10224  
10225  
10226  
10227  
10228  
10229  
10230  
10231  
10232  
10233  
10234  
10235  
10236  
10237  
10238  
10239  
10240